

München, 12.07.2018

Christopher Street Day 2018 - SPD-Queerpolitikerin Isabell Zacharias wirbt für Engagement und warnt vor drohenden Rückschlägen

Parlamentarischer Antrag für ein buntes Bayern der Akzeptanz und Vielfalt

Anlässlich der Politparade des Münchner Christopher Street Days (CSD) am Samstag (14. Juli 2018) warnt die queerpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Isabell Zacharias** vor einem Nachlassen des Einsatzes: "Wir dürfen uns durch unsere Erfolge, wie die Ehe für Alle und die Rehabilitierung der Opfer des § 175, nicht täuschen lassen. Lesben, Schwule und Transgender erleben nach wie vor alltägliche Diskriminierung. Rechtspopulisten wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen und die Ehe für Alle wieder abschaffen. In vielen anderen Ländern werden homo- und transsexuelle Menschen staatlich drangsaliert oder sind sogar vom Tod bedroht. Das müssen wir gerade auch in Zeiten aufgeheizter Asyldebatten im Kopf behalten."



(v.l. Natascha Kohnen und Isabell Zacharias)

Der Münchner CSD steht in diesem Jahr unter dem Motto "Bunt ist das neue weiß-blau". Damit wollen die Veranstalter vor der Landtagswahl ein Zeichen setzen für Akzeptanz, Gleichstellung und Vielfalt auch in der Bayerischen Landespolitik. Neben Zacharias werden aus der Landtagsfraktion auch **Natascha Kohnen**, der Fraktionsvorsitzende **Markus Rinderspacher** und der Münchner Verbraucherpolitiker **Florian von Brunn** an der Parade teilnehmen.

Zacharias betont: "Wir greifen das Motto des CSD auf und haben einen umfassenden Antrag für ein [buntes Bayern \(PDF, 110 kB\)](#) der Akzeptanz und Vielfalt entwickelt. Wir wollen, dass die Politik in Bayern so wie in anderen Bundesländern die Initiative ergreift, um das Leben von Lesben, Schwulen und Transgender zu verbessern." Mit dem Antrag für ein Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt will die SPD-Fraktion unter anderem erreichen, dass die Situation von Beratungs- und Selbsthilfeangeboten verbessert wird und Institutionen wie Schulen, Polizei und Pflegeheime sich der Perspektive von Lesben, Schwulen und Transgender stärker öffnen.